

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

13.6.1901 (No. 158)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 13. Juni.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 158.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Amtlicher Theil.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 31. Mai d. J. wurde Betriebsassistent Anton Huber in Appenweiler zur Vernehmung der Stationsvorstandsstelle nach Neulußheim und Betriebsassistent Adolf Meroth in Rehl nach Appenweiler veretzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Zur Geheimhaltung der zollpolitischen Verhandlungen

wird der „Süddeutschen Reichskorrespondenz“ aus Berlin geschrieben:

Aus dem, was bisher über den äußeren Verlauf wie über den sachlichen Inhalt der zollpolitischen Konferenz vom 4. und 5. d. M. in der Presse „verrathen“ worden ist, läßt sich die erfreuliche Gewißheit schöpfen, daß keiner der Teilnehmer an jenen Verhandlungen das vereinbarte Stillschweigen gebrochen hat. Es wäre übrigens ein großer Irrthum, anzunehmen, dieses Stillschweigen sei den Konferenzmitgliedern vom Reichskanzler oder von Preußen gewissermaßen aufgezwungen worden. Für den freiwilligen und einhelligen Entschluß, die Ergebnisse einer nicht beschließenden, sondern beratenden Zusammenkunft geheim zu halten, sprechen Gründe, die mit der verfassungsmäßigen Selbstständigkeit und Bewegungsfreiheit der Einzelstaaten in der Weiterbehandlung der Tariffrage zusammenhängen. Gerade die nichtpreussischen Bundesregierungen müssen den Wunsch haben, auf wirtschaftspolitische Grundanschauungen, wie auf bestimmte Tarifpositionen in der Öffentlichkeit nicht festgelegt zu werden, bevor die endgültige Instruirung ihrer Vertreter im Bundesrath für die Abstimmlungen erfolgt ist, durch welche die noch gar nicht vorhandene „Vorlage der Verbündeten Regierungen“ erst geschaffen wird. Eine vorzeitige Bekanntmachung des preussischen Votums aber würde unter allen Umständen, welches auch sein Inhalt wäre, einen Druck auf die mittleren und kleineren Staaten bedeuten. Graf Bülow hält diese Art der Beeinflussung nicht für bundesfreundlich und könnte auch seine preussischen Kollegen um Unterstützung eines für die anderen Regierungen rücksichtsvollen Verfahrens — sit venia verbo — „ersuchen“. Das wird aber gar nicht nötig sein, denn zu einer Flucht in die Öffentlichkeit besteht nirgends ein Anlaß. Der Einbringung des Tarifentwurfs in den Bundesrath muß nach einer durch die zollpolitische Konferenz erleichterten Durchberatung die Fertigstellung der Vorlage für den Reichstag folgen. Bis zu diesem Zeitpunkt aber, wo dann die öffentliche Kritik des Entwurfs auf breiter Grundlage einsetzen kann, möchte ganz allgemein, auch im Punkte des Doppeltarifs, die Mahnung am Platze sein, keine apodiktischen Urtheile über einen Sachverhalt aufzustellen, von dem man nichts Gewisses weiß.

Deutsche Binnenschifffahrt.

Ein wie wichtiges Glied in dem deutschen Verkehrsnetz die Binnenschifffahrt bildet, zeigt die Entwicklung der Zahl und Größe der Binnenschiffahrtsgesetze. Die Zahl dieser Schiffe ist in den 20 Jahren von 1877 bis 1897 von 17 653 auf 22 564, also um 28 Proz. gestiegen. Die Tragfähigkeit hat sich aber von 1 400 000 Tonnen auf 3 400 000 Tonnen, also um 143 Proz. gehoben. Am 1. Januar 1898 hatten die sämtlichen deutschen Seeschiffe einen Raumgehalt von rund 1 600 000 netto Registertons. Rechnet man auf eine Registertonne an mittelschwerem Gut etwa 1,5 Gewichtstonnen zu 1 000 kg, so betrug das Ladegewicht der deutschen Seeschiffe an dem bezeichneten Zeitpunkt rund 2 400 000 Tonnen, blieb also hinter demjenigen der zur Zeit vorhandenen Binnenschiffe um 1 000 000 Tonnen zurück. Bezeichnend ist dabei, daß, während die kleinen Fahrzeuge unter 200 Tonnen Ladevermögen in diesem Zeitraum sich nur minimal vermehrt haben, die Zahl der mittleren Schiffe von 200 bis 400 Tonnen Ladevermögen von 967 auf 2 673 sich vermehrt, also nahezu verdreifacht und die Zahl der großen Schiffe über 400 Tonnen Ladevermögen sogar von 137 auf 1 541 sich vermehrt, also mehr als verzehnfacht hat. Wenn auch nicht in demselben Maße wie auf dem Gebiete der Seeschifffahrt, hat sich auch die Zahl der im Binnenschiffahrtsverkehr verwandten Dampfer stark gehoben. Sie stieg von 570 mit rund 35 Tonnen Pferdekraften auf 1 953 mit rund 240 000 Pferdekraften, die Zahl der Personendampfer von 263 auf 844, die der Güter- und Schleppdampfer von 301 auf 1 109. Endlich ist noch zu erwähnen, daß der Verkehr selbst sich in noch höherem Maße als die Tragfähigkeit der Binnenschiffahrtsgesetze gehoben hat; denn er stieg um 159 Proz. gegenüber

einer Vermehrung der Tragfähigkeit der Schiffe um 143 Proz. Hieraus erhellt, daß die Ausnutzung des Laderaumes in den bezeichneten 20 Jahren eine sehr viel intensivere geworden ist. Beide Momente, die durchschnittliche Vergrößerung der Binnenschiffahrtsgesetze und die Ausnutzung des Laderaumes haben denn auch dazu geführt, daß in diesen 20 Jahren die Transportkosten auf den deutschen Wasserstraßen fast auf die Hälfte herabgegangen sind und zur Zeit nur etwa einen Pfennig auf das Tonnenkilometer betragen.

Die Wohnungsaufsicht in Württemberg.

— Stuttgart, 11. Juni.

In der Polizeistrafgesetznovelle vom 4. Juli 1898 ist nach dem Vorgang der hessischen und badischen Gesetzgebung die gesetzliche Grundlage geschaffen worden zur Beseitigung von gesundheitschädlichen oder die Sittlichkeit gefährdenden Zuständen der Miethwohnungen, sowie der Dienstuben, Lehrlingen, Arbeitern u. angeordneten Wohn- und Schlafräume. Ein wirksames Vorgehen in dieser Richtung setzt eine regelmäßige polizeiliche Wohnungskontrolle voraus und eine solche ist nunmehr durch eine vom 21. Mai datirende Verfügung des Ministeriums des Innern über die Wohnungsaufsicht angeordnet worden. Die Verfügung hatte einerseits die gesetzliche Schranke, daß nur vermietete oder kraft eines Dienstverhältnisses zugewiesene Räumlichkeiten der polizeilichen Ueberwachung unterstellt sind, andererseits das tatsächliche Bedürfnis in Anbetracht zu ziehen, und so beschränkt sie die obligatorische Wohnungsaufsicht auf Gemeinden von mehr als 3 000 Einwohnern, während kleineren Gemeinden es überlassen bleibt, dieselbe freiwillig einzuführen. Innerhalb der verpflichteten Gemeinden erstreckt sich die Wohnungsaufsicht einmal auf alle aus drei oder weniger Wohnräumen bestehende Wohnungen — und das werden, zumal die Küchen als Wohnräume zählen, regelmäßig Miethwohnungen sein —, sodann auf alle Wohnungen, in welchen Schlafgänger gegen Entgelt aufgenommen werden, auf alle zur gewerbmäßigen Verbergung von Fremden bestimmten Räume und endlich auf alle Schlafgefäße der im Hause des Arbeitgebers oder der Dienstherrschafft wohnenden Arbeiter, Lehrlinge und Dienboten. Letztere Classe untersteht der polizeilichen Wohnungsaufsicht also auch in solchen Wohnungen, welche für sich selbst von dieser Aufsicht ausgenommen sind. Die Verfügung stellt eine Reihe von hygienischen, beziehungsweise sittlichen Grundsätzen auf, denen die zu beaufsichtigenden Räumlichkeiten entsprechen müssen, widrigenfalls den Hauseigentümern die polizeiliche Auflage zur Beseitigung der vorgefundenen Mißstände gemacht und, wenn sie derselben nicht nachkommen, die im Gesetz vorgesehene Strafe (Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft) zudittirt werden kann. In Durchführung dieser Vorschriften mußte die Verfügung ebensolcher auf eine wirksame Ausübung der polizeilichen Kontrolle, als auf die Vermeidung verlegender Eingriffe in die persönliche Freiheit bedacht sein. In ersterer Beziehung ist angeordnet, daß die Ortspolizeibehörden in fraglichen Räumen in regelmäßiger Wiederholung, mindestens aber alle zwei Jahre einmal zu besichtigen haben, und die Oberämter und Oberamtsphysikate werden angewiesen, auf die Handhabung der Wohnungsaufsicht in den Gemeinden ihr besonderes Augenmerk zu richten. Die Ortspolizeibehörden haben, wenn die gegebenen Vorschriften nicht eingehalten sind, unverweilt die erforderlichen Einleitungen zur Beseitigung der Mißstände zu treffen, und es kann unter Umständen die zwangsweise Beseitigung der Mißstände trotz eingeleiteter Beschwerden erfolgen. Andererseits wird es den Ortspolizeibehörden zur besonderen Pflicht gemacht, die Wohnungsaufsicht in möglichst schonender Weise zu handhaben, die Beteiligten aufzuklären und zu berathen, die Frist zur Erfüllung polizeilicher Auflagen ausreißend zu bemessen u. s. w. In geeigneten Fällen sollen sich die Polizeibehörden mit wohlthätigen Vereinen oder mit den Armenbehörden zur Beseitigung oder Fernhaltung einer Nothlage in's Benehmen setzen. Auch bezüglich der Auswahl der die Wohnungsaufsicht ausübenden Organe, in der Ordnung des Beschwerdebewegs und sonst trifft die Verfügung reichlich Rauteln, um rigoroses, unzumuthbares und unverständiges Eingreifen in die Wohnungsverhältnisse fernzuhalten.

Die Schlussitzung der österreichischen Delegation.

* Wien, 11. Juni. Zu Beginn der Sitzung der österreichischen Delegation beantwortete der Minister des Aeußeren mehrere Interpellationen, (Mit einer Beilage.)

darunter eine des Delegirten Straneky über die Angelegenheit der Massenausweisungen aus den Staatswerken in Dessau und erklärte, es sei ihm nichts davon bekannt, als das, was in einem Wiener Blatte gestanden habe. Man müsse aber annehmen, daß die Meldung nicht ganz richtig sei, da sonst der Gesandte in Dresden ihn jedenfalls darüber berichtet hätte. Er habe übrigens den Gesandten sofort beauftragt, darüber Erhebungen anzustellen. Wenn die Meldungen auf Wahrheit beruhten, würde er, wie immer, bereit sein, alles Mögliche zu thun, um bei der betreffenden Regierung das Interesse der Leute zu vertreten. Er glaube aber kaum, daß es so sei, weil er sonst etwas davon wissen müsse. Er machte übrigens darauf aufmerksam, daß gerade während der Tagung der Delegationen im vorigen Jahre die gleichen Nachrichten über Massenausweisungen aus den thüringischen Staaten verbreitet worden seien, die sich nachträglich als absolut unrichtig erwiesen hätten.

Die Delegation hielt heute ihre letzte Sitzung in der laufenden Session ab. Graf Goluchowski sprach im Namen Seiner Majestät des Kaisers der Delegation Dank und Anerkennung für die bewiesene patriotische Aufopferung aus, ebenso im Namen der gemeinsamen Regierung für das ihr entgegengebrachte Vertrauen.

Präsident Fürst Lobkowitz dankte den Delegirten für ihre hingebende Thätigkeit und drückte den Wunsch aus, die maßgebenden Faktoren möchten einen Weg zur Verhinderung der gleichzeitigen Tagung des Parlaments und der Delegationen finden.

Nachdem Abg. Baernreither namens der Delegation ihm für seine unparteiische und entgegenkommende Leitung Dank gesagt, wurde die Session geschlossen.

Auch die ungarische Delegation hielt heute ihre Schlussitzung ab.

Das französische Vereinsgesetz vor dem Senat.

* Paris, 11. Juni. Der Vorsitzende Fallières theilt mit, daß die Kommission für das Vereinsgesetz Dringlichkeit der Berathung beantrage.

Wallon bekämpft die Vorlage, da die in derselben vorgesehenen Maßnahmen den Beginn eines Krieges gegen die katholische Religion bedeuteten. Frankreich bedürfe der Eintracht und des Friedens. Das Konfessionsgesetz sei ein zweifelhafter Pakt, der von beiden Parteien ehrlich beachtet werden müsse und der vom Staate nicht so angewandt werden solle, daß der Staat allein seine Ideen zur Geltung bringe. Redner beantragt, die Dringlichkeit nicht zu genehmigen.

Der Vorsitzende der Kommission, Combes, rechtfertigt den Antrag auf Dringlichkeit. Das Vereinsgesetz sei in allen seinen Einzelheiten von der Kammer wochenlang geprüft worden. Die gehaltenen Reden hätten alle Fragen fast erschöpfend behandelt, die Berathung werde daher im Senat kurz sein können; nur ein Artikel habe einen anderen Text erhalten. Die Meinungen ständen fest; so dürfte eine einzige Verhandlung genügen. Eine Verlängerung der Berathung könne nur denen erwünscht sein, die auf einen Ausbruch der Leidenschaft oder auf einen Konflikt zwischen der Kammer und der Regierung spekulirten.

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau erklärt, daß die Regierung den Antrag der Kommission auf Dringlichkeit der Berathung unterfasse, worauf dieser mit 176 gegen 96 Stimmen angenommen wird.

Nach der Eröffnung der allgemeinen Berathung nimmt der Senator Lamarzelle (cons.) das Wort und sucht dem Ministerpräsidenten nachzuweisen, daß der Entwurf in der vorliegenden Form mit den ursprünglich aufgestellten Grundsätzen in Widerspruch stehe. Das vorliegende Gesetz sei ein Ausnahmengesetz von Anfang bis zu Ende, da es die Orden in allen Städten anders behandle als die Vereine. Man habe es auf die Jesuiten abgesehen, die im Ausland doch die allergrößten Dienste leisteten. Wie könne man sie von der französischen Erde verwiesen, wo sie ihr Blut vergossen haben. (Zuruf: Das Blut Anderer! Heftiger Widerspruch rechts.) Lamarzelle: Die Geschichte antwortet darauf. Der Krieg gegen die Orden ist der Krieg gegen die Kirche. Wenn dies nicht der Wille des Ministerpräsidenten ist, so ist es doch der Wille Derer, die hinter ihm stehen. Der Religionskrieg wird jetzt im ganzen Lande entfesselt.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Belgien und der Congostaat.

(Telegramm.)

* Brüssel, 11. Juni. In der heutigen Sitzung der Centralsektion für die Congovorlage theilte Woeite der Versammlung einen an ihn gerichteten Brief Seiner Majestät des Königs mit, wovon der Ministerpräsident eine Abschrift erhielt und zu dessen Bekanntgabe der König und Ministerpräsident ihre Zustimmung ertheilten. Der König lehnt es in dem Briefe ab, im Falle der sofortigen Uebernahme des Congostaates die einstweilige Regierung desselben während zwei Jahren beizubehalten. Er erklärt den Unterschied zwischen Recht und Möglichkeit der Uebernahme für unwirksam und hält seine früheren Erklärungen bezüglich der von ihm persönlich geleiteten Vorschläge aufrecht. Van der velde (Soz.) hält die Regierungsvorlage für unvertretbar; ihr Wortlaut sei räthselhaft.

Delbize (Merikal) sagt, es sei dies das erste Mal, daß in Belgien der König persönlich in die Verhandlungen eingreife. Er verlangt genaue Angabe des Wortlautes des Briefes. Nachdem die Briefe den Brief verlesen, wird die Sitzung auf Freitag vertagt.

In dem Briefe Seiner Majestät des Königs heißt es noch, der König wolle Belgien eine Kolonie vermachen, welche Belgien nicht gekostet habe. Der König versichert weiter, daß die Kolonisierung des Congo nur zum Wohle Belgiens unternommen sei. Wenn bei der Finanzverwaltung des Congo Leberhöhlen erzielt werden sollten, so würden diese vor allem dazu bestimmt sein, die von Belgien dem unabhängigen Congo getheilten Summen zurückzugeben.

Italiens auswärtige Politik.

(Telegramm.)

* Rom, 11. Juni. Die Deputiertenkammer setzt die Beratung des Budgets des Meeres fort. Walli meint, bezüglich Albanien sei jede Gefahr ausgeschlossen, solange der Dreibund fortbesteht. Trotzdem müsse sich Italien auf jede Eventualität vorbereiten. Redner schließt mit dem Wunsche, daß die Grundlage der auswärtigen Politik Italiens der Dreibund bleibe. (Beifall.)

Ceriana-Maynert weist auf die Gefahr hin, der die meisten europäischen Staaten, die nicht in allen Meeren über Häfen zur Ergänzung ihres Materials verfügten, zu denen auch Italien gehöre, in dem Falle ausgesetzt seien, daß Kohle als Kriegsgegenstand erklärt würde.

Luzzatti bespricht die Frage der Handelsverträge und meint, diese müßten durch Verträge über die Arbeitsverhältnisse ergänzt werden. Redner wünscht Mittheilungen über die Handelsverträge mit den Vereinigten Staaten und Rußland und erwähnt alle in Oesterreich-Ungarn erfolgten amtlichen Erklärungen über die Frage der Handelsverträge. Er betont die Wichtigkeit der vom Oesterreichischen Abgeordnetenhaus trotz des Widerspruches des Handelsministeriums angenommenen Resolution bezüglich der Weine und fordert die Kammer im Anschlusse an seine Ausführungen auf, folgende Tagesordnung anzunehmen:

„Die Kammer erklärt es für notwendig, daß bei der Erneuerung des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn die hauptsächlichsten Bestimmungen der gegenwärtigen Bestimmungen zu Gunsten des italienischen Weines aufrecht erhalten werden, um die Billigkeit in den gegenseitigen Zugeständnissen zu erhalten.“

Der Redner erklärt, daß mit Rücksicht auf die Ungleichheit der Oesterreich-italienischen Grenzen in dem Falle, daß der Handelsvertrag nicht abgeschlossen werden sollte, es notwendig sein werde, einen Vertrag zur Grenzberichtigung zu schließen, was noch viel schwieriger sein würde, und fragt, ob es wahr sei, daß man zunächst mit Deutschland und dann mit Oesterreich-Ungarn wegen des Handelsvertrages verhandeln werde. Weiter fragt Luzzatti, ob man gleichzeitig über die Erneuerung der Bundesverträge verhandeln wolle, wie dies 1891 geschehen sei, und erklärt sich mit der Erneuerung des Dreibundes einverstanden. Redner meint, daß sich hiermit ein neues Problem verbinden lassen, nämlich, neben dem Fortbestande des Dreibundes die neuen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Frankreich aufrecht zu erhalten. (Beifall.)

Nachdem der Kardinal Guerci gegen den Dreibund gesprochen hat, wird die Sitzung geschlossen.

Die Eröffnung der Cortes.

(Telegramm.)

* Madrid, 11. Juni. Ihre Majestät die Königin-Regentin, begleitet vom König und den Infantinnen, eröffnete in feierlicher Weise die Cortes. Die königliche Familie wurde lebhaft begrüßt.

In der Botschaft sagt die Regierung, sie werde dem Parlamente wichtige Vorlagen unterbreiten, die mit den Lehren, trübten Erfahrungen und Wünschen des spanischen Volkes im Einklange stehen. Ferner stellt die Thronrede fest, daß der Papst der spanischen Nation seine mächtige Unterstützung zu leisten willens sei, und bemerkt weiter, daß die auswärtigen Mächte die besten Beziehungen zu Spanien unterhalten. Als Beweis hierfür erwähnt die Rede die Intervention des spanischen Gesandten in Peking als Doyen des Diplomatischen Corps. Auch wird betont, daß die Regierung insbesondere damit beschäftigt sei, die Beziehungen zu den spanisch-amerikanischen Ländergebieten enger zu gestalten. In der Botschaft der Königin-Regentin heißt es weiter, man müsse alle sozialen Einrichtungen verbessern, den Wohlstand heben und die Finanzen auf eine sichere Grundlage stellen. Verschiedene Vorlagen würden eingebracht werden, namentlich solche über die Aenderungen des Wahlrechts, der Gemeindeverwaltung, der Schwurgerichte und des Unterrichtswesens, sowie eine Vorlage bezüglich der kirchlichen Kongregationen auf der Grundlage der geltenden Gesetze. Ferner müsse das Kultusbudget herabgesetzt und besser gestaltet, eine Aenderung des Konfessionsrechts und die Landesverteidigung verbessert werden, jedoch in einer Weise, die der finanziellen Lage Rechnung trage. Die Botschaft lenkt die Aufmerksamkeit auf die Nothwendigkeit, das Gleichgewicht im Budget aufrecht zu erhalten, und betont, daß die Regierung den Augenblick für gekommen halte, um an eine Reform des Geldumlaufes heranzutreten. Den Kammern würde ein Entwurf vorgelegt werden, welcher dem Staatschätze die Möglichkeit gibt, endgiltig auf die Ausgabe von Papiergeld und die Prägung von Silber zu verzichten, wobei gleichzeitig der von der Bank von Spanien gewährte Vorschuß zurückgezahlt werden soll, jedoch vorsichtig und ohne zur Zeit zu großen Kreditmaßnahmen zu schreiten. — Als Ergänzung zu diesem finanziellen Plane werde ein Gesetzesentwurf eingebracht werden, der dazu dienen solle, die Umwandlung in eine dauernde vierprozentige Schuld zu Ende zu führen bei den kubanischen und Philippinen-Anleihen, den amortisierbaren vierprozentigen Anleihen und der äußeren, nicht gestempelten Schuld. Die Botschaft wendet sich zum Schluß an die Weisheit, Einigkeit und Einsicht der Volksvertretung und spricht die Hoffnung aus,

daß König Alfons bei dem Antritte seiner Regierung ein Beispiel von Vaterlandsliebe vorfinden werde, damit dem Vaterlande die frühere Größe wiedergegeben werde.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 12. Juni.

* In der jüngsten Zeit hat die Geflügelcholera — hauptsächlich mit dem von den „Geflügelhöfen“ in Brieslach, Buchen und Hainstadt aus Italien und Oesterreich-Ungarn eingeführten und weiter verendeten Geflügel eingeschleppt und weiter verschleppt — eine ungewöhnliche Ausbreitung erlangt und einen sehr erheblichen Schaden angerichtet. Das Großh. Ministerium des Innern sieht sich daher veranlaßt, an Stelle der durch Erlass vom 1898 getroffenen Anordnung, die nach den gemachten Erfahrungen einen hinreichenden Schutz gegen die durch den Handel mit ausländischem Geflügel bedingte Seuchengefahr nicht mehr zu bieten vermag, unter anderem folgendes zu bestimmen: Das von Händlern zum Zwecke des Verkaufs aus Italien und Oesterreich-Ungarn lebend eingeführte Geflügel ist vor der Entladung aus dem Eisenbahnwagen von dem zuständigen Bezirksveterinärarzt zu untersuchen. Wird dabei der Ausbruch der Geflügelcholera oder der Verdacht der Seuche festgestellt, so sind sämtliche Thiere der Sendung, falls der Empfänger nicht die Tödtung derselben vorzieht, an einem von der Bahnverwaltung bezeichneter Orte auf dem Gebiete der Anknüpfungspolizeilich abzusperren. Nur wenn die vorgenommene Untersuchung die völlige Seuchen- und Verdachtsfreiheit ergeben hat, ist die Entladung gestattet, und sind die Thiere hierauf einer vierzehntägigen veterinärpolizeilichen Beobachtung am Bestimmungsorte zu unterwerfen. Zu diesem Zweck hat der Bezirksveterinärarzt dem Bezirksamte Anzeige zu erstatten und dabei die Zeit der Ankunft, sowie die Zahl und Art des Geflügels zu bezeichnen. Am vierzehnten Tage nach der Befreiung der Beobachtung erfolgten Einstellung nimmt der Bezirksveterinärarzt eine erneute Untersuchung des Geflügels vor. Ehe diese stattgefunden hat und das Geflügel für seuchen- und verdachtsfrei erklärt worden ist, darf dasselbe nicht aus dem Beobachtungsraume entfernt werden. Die durch den Vollzug dieser Anordnung entstehenden Kosten fallen dem Händler zur Last.

** Im Anschlusse an den vorstehend mitgetheilten Erlass Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 30. Mai, Nr. 20741, betreffend die Einfuhr ausländischen Geflügels, hat die Generaldirektion der Staatsbahn angeordnet, daß bis auf Weiteres sämtliche zur Beförderung von ausländischem Geflügel benutzte Wagen und Gerätschaften, einerlei ob Seuchenverdacht vorliegt oder nicht, verschärft zu desinfizieren sind.

* Das Verbot der offenen Versendung von Ansichtskarten mit Bergierungen zc. aus Mineralwässern, Glasplättchen, Glasgefäßen, Sand, Metalltheilen und dergleichen tritt erst vom 1. Oktober ab, und zwar außer im inneren deutschen und deutsch-schweizerischen Verkehre auch im Wechselverkehre mit Oesterreich und Ungarn in Kraft.

* (Erhöhung der Fleischbeschaugebühren.) Die durch Gemeindefestsetzung vom 1. Februar 1894 für die Beschau des von auswärtig hierher eingebrachten Fleisches auf 1 Pfennig für jedes Kilogramm festgesetzte Gebühr wird auf 2 Pfennig erhöht.

§ (Das Gartenfest zu Gunsten der Bismarck-Säule), das von der Studentenschaft der Technischen Hochschule gestern im Stadtpark veranstaltet wurde, nahm einen in jeder Hinsicht günstigen Verlauf. Der drohende Regen blieb erfreulicher Weise aus, und die eingetretene Abkühlung konnte nach der drückenden Hitze der vorhergehenden Tage nur als Wohlthat betrachtet werden. So war es kein Wunder, daß das schöne Fest, dessen Zweck ja auf allseitige freundliche Unterstützung rechnen durfte, ein außerordentlich zahlreiches Publikum aus allen Kreisen der Bevölkerung angelockt hatte. Unser prächtiger Stadtpark bot ein selten bunt belebtes Bild, in dem die hellen Toiletten der Damen und die sorgigen Mägen der Studenten dominierten. Die Leibgarnier- und die Artillerietruppen sorgten für musikalische Unterhaltung. In drei Klassen wurden von lebenswüthiger Frauenhand kunstige Blumen, die unermüdlichen Ansichtskarten (darunter eine hübsche Bismarck-Silhouette, eine Darstellung der Bismarck-Säule zc.) sowie die künstlerisch ausgestattete Festschrift, zum Theil humoristischen Inhalts, feilgeboten, während im kleinen Festsaal die sehr lebenswerthen Vorstellungen des studentischen Varietétheatres in wechselvollen Darbietungen die überaus zahlreichen Zuschauer auf's Beste unterhielten. Da gab's Salongaubere, parodistische Pantomimen und Comptésänger, Akrobaten und Schnellmaler, dazu eine Serpentinanzierin, nicht zu vergessen das sehr leistungsfähige Studentenorchester. Den ersten Mittelpunkt der Seheenswürdigkeiten bildete eine umweit des See's aufgestellte Kolossal-Bismarck-Säule, die Abends durch einen Scheinwerfer beleuchtet, in hellem Lichte erstrahlte, und weithin sichtbar an den großen Kanalar gemahnte, dessen Andenken der deutschen Jugend stets vor Augen zu halten die Bestimmung des Festes war. Der stündige Tag wurde durch eine venezianische Nacht abgelöst, in deren farbigen Scheln das bettere Gesamtbild noch an Schönheit gewann. Im kleinen Festsaal hatten unterdessen die studentischen Artisten zahlreichen tanzenden Paaren Platz gemacht oder sich selbst in Tänzer umgewandelt. Als wir gegen 12 Uhr das Fest verließen, herrschte im Garten und im Saal noch reges Treiben. Die wohlgelungene Feyer hat allen Theilnehmern genugsam Stunden bereitet. Bei dem starken Besuche darf wohl angenommen werden, daß auch das finanzielle Ergebnis ein entsprechend günstiges war.

* (Ueber das phonokinetographische Theater), das von morgen, Donnerstag, bis Samstag im Stadtparktheater seine Vorstellungen gibt, liegt eine Reihe von Prestitimen vor, die die Leistungen desselben in das glänzendste Licht stellen. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Vorstellungen nicht zu verwechseln sind mit den üblichen kinematographischen Vorstellungen, sondern daß uns dieselben nicht nur in photographischer Treue die ersten Künstler und Künstlerinnen, wie Coquelin, Sarah Bernhardt, zeigen, sondern daß sie uns auch in ihren rednerischen Leistungen vorgeführt werden. Weiter sehen wir hier auch die ersten Sängerrinnen zc. von den einzelnen Szenen in der Darstellung haben wir hervor: Szenen aus „Samlet“, „les précieuses ridicules“, „l'enfant prodigue“ und „Cyrano de Bergerac“. So schreibt z. B. der „Figaro“: Die Darstellung erhdit die Zuschauer in lebhafter Spannung, rasch wechseln die Bilder, die uns stets Neues, noch nicht Gesehenes bringen.

* Krenschheim (Kreis Mosbach), 11. Juni. Die hier wohnhafte ledige Eva Himmel wurde gestern bei einem Gewitter vom Blitze erschlagen.

□ Mannheim, 11. Juni. In der heutigen Sitzung des Bürgerausschusses, auf deren Tagesordnung zwölf Vorlagen des Stadtraths standen, wurden u. a. 187 000 M. zur Erweiterung des städtischen Kabinettheaters bewilligt. Ferner wurde der zwischen der Stadtgemeinde und Ludwigshafen und

dem Mannheimer Stadtrath abgeschlossene Vertrag wegen des Betriebes der elektrischen Straßenbahn genehmigt. Hiernach stellt die Stadt Ludwigshafen den Ober- und Unterbau der Linien in Ludwigshafen auf eigene Rechnung und liefert auch den elektrischen Strom für den Betrieb dieser Linien. Die Betriebsführung selbst erfolgt durch die Stadtgemeinde Mannheim, welche auch das rollende Material stellt. Die Vertheilung der Einnahmen erfolgt nach Maßgabe der zurückgelegten Wagenkilometer — Interessant gestaltete sich die Debatte über den Antrag des Stadtraths auf Verkauf eines Geländestückes an die Mannheimer Rudergesellschaft, welche auf diesem Platz ein Bootshaus erbauen will. Es stellte sich nämlich heraus, daß die Rudergesellschaft das Bootshaus nahezu fertiggestellt hat, ehe der Vertrag wegen des Verkaufs des Geländes zu Stande gekommen ist. Dieses eigenmächtige Vorgehen der Rudergesellschaft erregte den größten Unwillen des Bürgerausschusses, und der Stadtrath sah sich veranlaßt, die Vorlage zurückzuziehen. Es ist sehr leicht möglich, daß die Rudergesellschaft jetzt den Platz gar nicht erhält und eine Auflage vom Stadtrath erhält, das Bootshaus sofort wieder abzureißen.

* Wiesloch, 11. Juni. Die elektrische Straßenbahn Wiesloch-Heidelberg wird am 1. Juli eröffnet.

* Forzheim, 11. Juni. Zu dem X. Badischen Landbestirgungsfest werden sich etwa 800 Sänger und Sängerrinnen aus dem Großherzogthum einfinden. U. a. hat auch der „Berein für evangelische Kirchenmusik“ in Karlsruhe seine Mitwirkung zugesagt, so daß neben den ländlichen Chören auch mehrere städtische auftreten werden.

* Achern, 11. Juni. Die von Acher Königlich-Hohheit der Grochherzogin in gestifteten zwei Spinnräder fielen durch Voss der Vertha Zink von Sasbachwalden und der Helena Hubschmidt von Nenzen zu.

□ Freiburg, 11. Juni. Gestern Abend hielt der Münsterbauverein seine Jahresversammlung unter dem Vorsth von Oberbürgermeister Dr. Winterer ab, welcher über den Stand der Vereinsverhältnisse berichtete und einen Rückblick auf die vergangenen Jahre warf. Demnach wird sich der Bürgerausschuss mit der Regelung der Rechtsverhältnisse des Münster zu befassen haben und mit Bezug hierauf weist der Vorbericht des Stadtraths darauf hin, daß der Münsterbauverein mit Erfolg seine Aufgabe zu erfüllen bestrebt ist, die Münster in unergänglicher Jugend zu erhalten; seine Mittel seien schon jetzt auf über 1 1/2 Millionen Mark gestiegen und es unterliege keinem Zweifel, daß er auch noch den Rest seines großen Geldbestandes zusammenbringen werde. Das Erträgniß der ersten Lotteriezählung der neuen Serie beläuft sich auf über 150 000 M. Bisher hat nach Mittheilung des Vorstehenden die Bauhätigkeit des Vereins in zahlreichen Unterhaltungs- und Wiederherstellungsarbeiten bestanden. Für dieses und das nächste Jahr sind 30 000 M. für Reparaturen in Aussicht genommen. Weitere acht Ziehungen sind vom Verein beschlossen und 50 000 M. sollen nach dem neuen Lotterienplan zur Anschaffung von Kunstgegenständen, die in die Verloosung einzustellen sind, auf der nächstjährigen Jubiläumsausstellung in Karlsruhe verwendet werden. Die Zahl der Mitglieder beträgt 985, etwas weniger gegenüber dem Vorjahre. Eine Debatte über den Bericht fand nicht statt. Dem Schluß der Mitgliederversammlung bildeten die Neuwahlen des Vorstandes und die Wiederbestimmungen der Mitglieder der Vorstandes. Die seitigen Mitglieder des letzteren wurden auf zwei Jahre wiedergewählt; an Stelle des verstorbenen Geh. Oberregierungsraths v. Gulat trat Oberst a. D. v. Grismar.

Das Großherzogspaar in Kiel.

(Telegramm.)

* Kiel, 12. Juni. Das Großherzogspaar von Baden unternahm gestern Nachmittag mit dem Prinzenpaar Heinrich auf dem großen Kreuzer „Victoria Luise“ eine Fahrt in See. In der Außenfahrde wurden mit den Linienchiffen „Baden“ und „Wirttemberg“ Evolutionsübungen ausgeführt, denen sich Geschützübungen anschlossen, in welchem die „Victoria Luise“ den Feind markirte.

* Kiel, 12. Juni. Seine Majestät der Kaiser traf begleitet von den dienstthuenden Herren des Hauptquartiers und des Kabinettschefs um 8 Uhr Morgens hier ein. Auf dem Bahnhofe waren zum Empfange Seine königliche Hoheit Prinz Heinrich, Admiral v. Köster und Staatssekretär v. Tirpitz erschienen. Der Kaiser begab sich alsbald unter dem Salut der im Hafen liegenden Schiffe an Bord der „Hohenzollern“.

* Kiel, 12. Juni. Die Kapelle des 1. Ersatz-Seebataillons brachte heute Vormittag dem Großherzogspaar von Baden ein Ständchen. Später stattete Seine Majestät der Kaiser dem Großherzogspaar einen längeren Besuch ab. Um 1 Uhr fand an Bord der „Hohenzollern“ beim Kaiser Frühstückstafel statt, zu welcher die hier anwesenden Fürstlichkeiten mit ihren Umgebungen, sowie der badische Gesandte, v. Jagemann, Einladungen erhalten hatten. Der Stapellauf des Linienchiffes „E“ wurde wegen ungünstiger Wetter- und Wasserhältnisse auf den Nachmittag verschoben.

Ueber den Grund der Verschiebung des Stapellaufes wird uns weiter telegraphisch berichtet:

N. Kiel, 12. Juni. Nachdem alle Vorbereitungen auf der Krupp'schen Germaniawerft zum Stapellauf des Linienchiffes „E“ getroffen, mußte der feierliche Akt wegen niedrigen Wasserstandes verschoben werden. Anbauern der Südweltwinde, welche seit gestern einen böigen Charakter annehmen, haben so große Wassermassen aus dem Kieler Hafen gedrängt, daß das Niveau des Wassers vor der Germaniawerft 60 cm unter normal stand. Da der Wind nachläßt und sich ein langames Steigen bemerkbar macht, hofft man, daß der Stapellauf heute Nachmittag um 4 Uhr stattfinden kann. Die Großherzoglichen Herrschaften, welche gestern die Werft besuchten und das auf dem Stapel stehende Riesenschiff besichtigten, haben in den Vormittagsstunden das königliche Schloß nicht verlassen. Es steht fest, daß das Schiff den Namen „Zähringen“ erhält.

England und Transvaal.

(Telegramm.)

* Haag, 12. Juni. Der Sekretär der Gesandtschaft der Südafrikanischen Republik, van Boeschoten, gab

Vertretern der hiesigen Blätter gegenüber im Namen des Präsidenten Krüger die Erklärung ab, daß Krüger von den heute vom „Standard“ gemeldeten Verhandlungen zwischen den Burenführern und Lord Kitchener nichts wisse. Wenn derartige Verhandlungen wirklich eingeleitet würden, so sei er dabei nicht beteiligt.

* **London**, 12. Juni. Chamberlain teilte gestern im Unterhause mit, Milner werde wahrscheinlich im August nach Südafrika zurückkehren.

* **London**, 12. Juni. Der Bericht der Kommission, betreffend Transvaalkonkessionen, ist gestern als Blaubecher erschienen. Bezüglich der Niederländisch-Südafrikanischen Bahn gibt der Bericht zu, daß die Konzeption derselben gesehlich gewährt worden sei, spricht aber die Meinung aus, es sei gefährlich, daß die Hauptlinien Monopol einer Gesellschaft seien, insbesondere wenn die Gesellschaft fremd ist und ihren Sitz im Ausland hat; deshalb glaubt die Kommission, die Konzeption müsse beendet werden. Das außerordentliche Vorgehen der Gesellschaft im Kriege schließt die Möglichkeit ihres Fortbestandes im britischen Gebiete aus.

* **Prätoria**, 12. Juni. Sonntag Nacht versuchten sechs Buren, die bei der Besetzung Prätoria's den Neutralitätsgeid geleistet hatten, aus der Stadt zu entkommen, um sich ihrem Kommando anzuschließen. Sie wurden von einer Patrouille angegriffen, setzten jedoch ihre Flucht fort. Einer von ihnen schoß und verwundete einen Soldaten. Drei entkamen, die anderen drei wurden gefangen genommen und gestern vor ein Kriegsgericht gestellt. Dasselbe verurteilte sie zum Tode durch Erschießen. Während bei zweien das Urteil vollstreckt wurde, wurde bei dem dritten seines jugendlichen Alters wegen hiervon Abstand genommen.

Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

* **Berlin**, 12. Juni. Generalleutnant Vessel meldet unter dem 10. d. M. aus Tientsin: Die Städte der Besatzungsbrigade und der neuen Truppenteile sind heute zumangetreten.

* **Paris**, 12. Juni. Im gestrigen Ministerrath theilte der Marineminister mit, daß die Rückbesetzung der Brigade Bailloud von China am 25. Juni beginnen werde.

* **London**, 11. Juni. Unterhaus. Norman fragt an, ob die Regierung irgend eine Information geben könne betreffs der Mitteilung, daß Deutschland die Absicht habe, eine erhebliche Garnison in Shanghai aufrecht zu erhalten. Cranborne erwidert: Im September 1900 landete die deutsche Regierung eine Anzahl Truppen in Shanghai zu dem Zweck, bei der Aufrechterhaltung der Ordnung daselbst mitzuwirken. Die englische Regierung erfuhr, daß Deutschland beabsichtige, die Garnison in Shanghai jedenfalls für jetzt aufrecht zu erhalten. Er habe keine Kenntnis davon, daß Deutschland in Bezug auf diese Absicht irgend eine Erklärung an die englische Regierung gelangen ließ.

* **London**, 18. Juni. Reuters Bureau meldet aus Peking: In der nächsten Zusammenkunft der Gesandten wird der amerikanische Gesandte Rochill einen Vorschlag der Vereinigten Staaten einbringen, die Entschädigungsfrage dem Haager Schiedsgerichtshof zu unterbreiten. Die Mehrheit der Gesandten ist gegen diesen Plan und nimmt vielmehr an, daß innerhalb der nächsten zehn Tage alles in Ordnung gebracht werden könne. Inzwischen werden die Gesandten möglicherweise durch die Vorbereitungen zur Abreise der Truppen und die Absicht des Hofes, nach Peking zurückzukehren, zu einer Entscheidung gedrängt werden.

* **Tientsin**, 11. Juni. Reutermeldung. Die hiesige Handelskammer erhebt entschiedenen Einspruch dagegen, daß die Stadt Tientsin den chinesischen Behörden wieder übergeben werde.

* **Songkong**, 12. Juni. In der letzten Woche kamen hier 161 Erkrankungen und 155 Todesfälle an der Pest vor.

* **Peking**, 12. Juni. Reutermeldung. Rochill ist im Besitze einer Uebersetzung des Ediktes, aus dem hervorgeht, daß die Bibliothek in der Verbottenen Stadt auf Befehl und nicht durch Blitzschlag eingestürzt worden ist. Das Edikt befiehlt, alle Archive zu zerstören. Das Feuer muß am Tage nach dem telegraphischen Eingange des Ediktes ausgebrochen sein, obgleich, als das Gerücht von dem Eintreffen des Ediktes auftauchte, Tsching und Si-Jung-Tschang daselbst in Abreise stellten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin**, 12. Juni. Die „Berl. Neuesten Nachr.“ erfahren, der preussische Fiskus lasse in den Bezirken Münster und Danabrad durch private Bohrergesellschaften nach Kohlen bohren.

* **Berlin**, 12. Juni. Das „Militärwochenblatt“ meldet: Der Kommandeur der 2. Gardebattillionsbrigade, Generalmajor Dulik ist mit der Führung der 5. Division beauftragt. Der Kommandeur der 5. Division, Generalleutnant Koepke, ist zur Disposition gestellt.

* **Leipzig**, 12. Juni. Der hier tagende Verlegerkongress beschloß in seiner gestrigen Plenarsitzung, seine Verhandlungen über die Urheberrechte der Verlagsverhältnisse zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Staaten von dem ständigen Kongressbureau zu einer Denkschrift ausarbeiten zu lassen, die namens des Kongresses den europäischen Regierungen und den Regierungen der Vereinigten Staaten zu unterbreiten seien. Der Kongress spricht die bestimmte Hoffnung aus, daß die Vereinigten Staaten in nicht zu fernher Zeit der Berner Konvention beitreten möchten.

* **Wien**, 12. Juni. Seine Majestät der Kaiser ist heute Vormittag 10 Uhr mittelst Sonderzug nach Prag abgereist. Auf dem Wege zum Bahnhof brachte die Bevölkerung dem Kaiser lebhaftes Ovationen dar. Der Ministerpräsident Körber befand sich ebenfalls im Kaiserlichen Sonderzug, während die Minister Rezek und Hartel im Schnellzuge abreisten.

* **Budapest**, 12. Juni. In Reschiza beschloßen die Gießereiarbeiter der Eisenwerke der österreichisch-ungarischen Staatsbahngesellschaft, die bisher gearbeitet hatten, aus Furcht, von den Ausständigen angegriffen zu werden, in den Ausstand zu treten. Die Hälfte schloß sich bereits gestern den Ausständigen an, die übrigen werden dies heute thun. Es herrscht eine erbiterte Stimmung. Militär und Behörden beabsichtigen, auch die kleinste Unordnung im Keime zu ersticken.

* **Paris**, 12. Juni. Im gestrigen Ministerrath im Elisee wurde der Finanzminister ermächtigt, einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch das Pensionswesen der Civilbeamten abgeändert werden soll. Die von dem Gehalt der Beamten vorgenommenen Abzüge sollen in Zukunft als Reserve zurückgelegt werden und mit dem vom Staate gewährten Beitrag die zur Zahlung der Pensionen nöthigen Kapitalien bilden. Man würde auf diese Weise in wenigen Jahren die Leibrentenschuld völlig tilgen können.

* **Paris**, 11. Juni. Auf der deutschen Botschaft fand gestern ein großes Diner statt, dem der Herzog und die Herzogin Rodan, Prinz und Prinzessin Penin, die Fürstin Kugatsch, Graf und Gräfin Louis Perigord und der belgische Gesandte bewohnten. Daran schloß sich ein glänzender Empfang, zu dem zahlreiche Mitglieder der Aristokratie und Diplomate erschienen.

* **Paris**, 12. Juni. In der Nähe von Grenoble wurde ein französischer Bergarbeiter von einem Italiener während eines Streites tödtlich verletzt. Die Bergarbeiter des Kohlenbeckens von Grenoble haben deshalb die Bergwerksgesellschaften erlucht, nur 20 Prozent italienische Arbeiter zu beschäftigen. Die Bergarbeiter wollen in den Ausstand treten, falls ihre Forderungen nicht bewilligt werden.

* **Paris**, 12. Juni. Mehrere sozialistische Deputirte haben beschloßen, eine Gruppe der „Unabhängigen“ zu bilden, da sie sich nicht verpflichten wollen, stets für oder stets gegen das Ministerium zu stimmen, wie es die beiden Gruppen von ihren Mitgliedern verlangen.

* **Rom**, 11. Juni. Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht einen Bericht über einen gestern in Gegenwart von 20 Kardinälen, zahlreichen Bischöfen, Prälaten und sonstigen hervorragenden Persönlichkeiten gehaltenen Vortrag des Kardinals Parocchi über die Vertheidigung des katholischen Glaubens gegenüber der protestantischen Propaganda. Dem Vortrage zufolge schilberte Parocchi die erbitterten Angriffe, welche der Protestantismus überall, besonders in Italien und Rom, gegen den Katholizismus richtet, wobei es sich die gegenwärtige Erschütterung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu Nutzen mache. In der Versammlung gelangte auch ein Brief des Papstes zur Verlesung, worin derselbe seine Freude über das Wirken der Vereinigung zur Vertheidigung des Glaubens in Rom ausdrückt.

* **London**, 11. Juni. Unterhaus. Norman fragt an, ob die Regierung irgend eine Ausdehnung des französischen Einflusses in Marokko zustimme. Cranborne erwidert: Nein. Norman fragt weiter, ob diese Antwort auch auf die Wüste hinter Marokko sich beziehe. Auf die Frage antwortete Cranborne nicht.

* **London**, 12. Juni. Nach einem Telegramm des „Globe“ aus Shanghai führte Admiral Seymour in der auf dem Diner der China-Association gehaltenen Rede u. a. aus: Großbritannien habe drei große Nebenbuhler: Rußland, Deutschland und die Vereinigten Staaten. Deutschland stehe mit England nach beiden Seiten, sowohl was die Handelsinteressen als seine Seemacht anbetreffend, in einem scharfen Wettbewerbe. Hiermit werde Großbritannien eines Tages zu rechnen haben. Die Vereinigten Staaten seien Englands größter Nebenbuhler auf dem Handelsgebiete. Diese Nebenbuhlerschaft stehe aber nicht im Widerspruch mit Englands Politik der „offenen Thür“, die alle auf dem Boden kommerzieller Gleichheit willkommen heiße.

* **London**, 12. Juni. Das Reuter'sche Bureau meldet aus Tripolis vom 9. Juni. Sultan Ibrahim von Wadai wurde ermordet. Der Bürgerkrieg hat aufgehört.

* **St. Petersburg**, 12. Juni. Der Finanzminister hat heute eine Verfügung erlassen, wonach fortan zur Kotierung an den russischen Börsen Wertpapiere von Handels- und Industrieunternehmen, an deren Gründung oder Verwaltung deutsche Reichsangehörige beteiligt sind, nicht anders zugelassen werden sollen, als jedesmal kraft besonderer Bewilligung des Finanzministers.

* **Konstantinopel**, 12. Juni. Durch ein gestern veröffentlichtes Kaiserliches Erad wird die Wahl Joachim's III. zum ökonomischen Patriarchen bestätigt.

* **Philippopol**, 12. Juni. Nach aus Konstantinopel hierher gelangten Berichten soll sich ein türkischer Arzt auf das französische Stationschiff „Monette“ geflüchtet haben. Das Yildiz-Palais hat bei der französischen Botschaft Schritte bezüglich der Auslieferung gethan.

* **Tanger**, 11. Juni. Der Vertreter des Sultans gab dem französischen Gesandten Revoil namens seiner Regierung eine Entschuldigungserklärung und zahlte als Entschädigung für die Tödtung des französischen Bürgers Pouzet die verlangte Summe. Revoil reist morgen mit den Schiffen „Bohuan“ und „Duchapla“ nach Toulon ab. Die marokkanische Gesandtschaft, die sich nach Frankreich begibt, reist mit Revoil ab.

* **Washington**, 12. Juni. McKinley hat eine Erklärung erlassen, dahingehend, daß er die Auffstellung seiner Kandidatur für die dritte Amtsperiode als Präsident nicht annehmen werde.

Verschiedenes.

† (Internationale aeronautische Kommission.) Am 13. Juni findet eine internationale wissenschaftliche Ballonfahrt statt. Es steigen in Paris, Berlin, Straßburg, Wien und anderen Orten bemannte und unbemannte Ballons auf. Der Führer eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er den Ballon und die Instrumente sorgfältig dirigirt und an die angegebene Adresse sofort telegraphische Nachricht sendet.

† **Berlin**, 11. Juni. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Das Verbot der offenen Versendung von Ansichtskarten mit

Verzierungen z. aus Mineralstaub, Glaspulvern, Glasflügeln, Sand, Metalltheilchen und dergleichen tritt erst vom 1. Oktober, und zwar außer im inneren deutschen und deutsch-schweizerischen Verkehr auch im Wechselverkehr mit Oesterreich-Ungarn in Kraft.

† **Berlin**, 11. Juni. Die Gesellschaft elektrischer Ferndrucker, die die ausschließliche Lizenz auf den bei Siemens und Halske erfundenen, von jedem Ungeübten zu benutzenden Typendruck-Telegraphen, genannt elektrischer Ferndrucker, besitzt, schloß mit dem Reichspostamt einen Vertrag, auf Grund dessen voraussichtlich noch im Laufe des Jahres 1901 die Einführung des Apparates in den öffentlichen Verkehr Berlins erfolgen wird. Schon jetzt wird der Apparat bei Privaten eingeführt, um ihnen eine direkte Korrespondenz mit dem Haupttelegraphenamte zur Annahme wie zum Aufgeben von Telegrammen zu ermöglichen.

† **Berlin**, 12. Juni. Der „Vol.-Anz.“ hört, die Denkmünze für die China-Krieger werde nach dem Entwurfe Seiner Majestät des Kaisers von Professor Walter Schott modellirt und in der königlichen Münze geprägt.

H.V. **Berlin**, 11. Juni. Eine Konferenz der kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte tagte Sonntag, 9. Juni in Sonneberg i. Th. Vertreten waren 17 Vereine, die nahezu 20 000 Geschäften vertreten, und zwar aus allen Theilen Deutschlands, aus Königsberg wie Stuttgart, aus Leipzig und Adin, aus Breslau und Berlin, aus Danzig, Sie tin, Magdeburg und München, aus Posen, Bromberg, Thorn wie Mannheim, Kassel und Frankfurt. Die hauptsächlichste Errungenschaft dieser Zusammenkunft war die Bildung eines Stellenvermittlungsbundes zum Zweck eines gemeinsamen planmäßigen Austausches von offenen Stellen und Stellenbewerberinnen durch ganz Deutschland. Diefem Bunde traten sofort 15 Vereine bei. Sodann vereinigten sich dieselben Vereine unter dem Namen „Verbündete kaufmännische Vereine für weibliche Angestellte“, um diejenigen Fragen, welche die weiblichen Handlungsgehilfen besonders betreffen, gemeinschaftlich zum Austrag zu bringen und zu verfolgen. Ferner wurde den einzelnen Vereinen dringend ans Herz gelegt, für die Gründung von neuen Vereinen oder Ortsgruppen in den größeren Städten ihres Bezirkes zu wirken. Auch die Frage der Ausbildung der weiblichen Lehrlinge wurde behandelt und für beide Geschlechter die gleiche Ausbildungszeit und Ausbildungsart gefordert.

† **Kiel**, 12. Juni. (Telegr.) Auf der „Germania“-Werft ereignete sich bei der Befestigung der Stelagen für den Stapellauf ein Unfall, wobei zwei Arbeiter getödtet und drei verletzt wurden. Ein neueres Telegramm meldet noch folgende Einzelheiten über den Unfall: Auf der „Germania“-Werft stürzte heute früh ein tranariger Mast, der entfernt werden sollte, auf einen Schuppen und zertrümmerte diesen. Dabei ist eine Anzahl in dem Schuppen befindlicher Personen verunglückt. So weit bis jetzt bekannt ist eine Person getödtet, vier verwundet.

† **München**, 11. Juni. Der seit sieben Tagen abgängige Rechtsanwalt Justizrath Durlacher wurde, laut „Frankf. Stg.“, erschossen in dem benachbarten Walde aufgefunden.

* **Budapest**, 12. Juni. (Telegr.) Die Europäische Eisenbahnfahrplan-Konferenz trat heute früh zusammen. Auf Einladung der deutschen Delegirten wurde beschloßen, die nächste Sitzung am 11. Dezember 1902 in Berlin abzuhalten.

† **Bozen**, 12. Juni. (Telegr.) Zwei junge Bozner Touristen, Schrott und Bauer, stürzten von der Wand des Grasleitenthurms ab und wurden gestern als Leichen aufgefunden.

† **Kopenhagen**, 12. Juni. (Telegr.) Der gestern hier eingetroffene englische Dampfer „Pala“ blieb westlich von Gotland mit dem schwedischen Barkschiff „Fritzhof“ zusammen. Bei dem Zusammenstoß ertranken neun Mann der Besatzung der Bark, sämmtlich Dänen, Schweden und Norweger. Zwei Mann wurden gerettet, darunter ein Deutscher mit Namen Jungmann, der von der „Pala“ hier gelandet wurde.

† **Christiania**, 11. Juni. (Telegr.) Die Festschrift in dem Befinden Henrik Bjens's hält an. Der Dichter macht schon täglich Spazierfahrten.

† **London**, 12. Juni. (Telegr.) „Daily Mail“ meldet, der in Balparaiso eingetroffene deutsche Dampfer „Hebe“ nahm am 13. Mai 45 Mann des Segelschiffes „France“ auf, das nördlich von Montevideo von der Mannschaft verlassen worden war.

† **Portsmouth**, 12. Juni. (Telegr.) Infolge Bersten eines Kesselloch's im Feuerraum des Torpedobootzerstörers „Daring“ wurden ein Mann getödtet und vier schwer verletzt.

† **Pittsburg**, 11. Juni. (Telegr.) Im Schacht 2 der Kohlen- und Koks-Kompagnie in Port Royal in Pennsylvania ist Feuer ausgebrochen. Mehrere Explosionen haben stattgefunden. In dem Schacht befanden sich 12 Bergleute, die ausströmenden Stücker erschweren die Rettungsarbeiten.

† **Caracas**, 11. Juni. (Telegr.) Heute früh 3 Uhr wurde in der hiesigen Gegend, namentlich bei La Guaira, ein starkes Erdbeben verspürt.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Donnerstag, 13. Juni. Abts. C. 61. Ab.-Vorst. (Mittelpreis): „Flachsmann als Erzähler“, Komödie in 3 Aufzügen von Otto Ernst. Anfang 7 Uhr, Ende gegen halb 10 Uhr. Flemming: Feltz Baumbach vom Stadttheater in Magdeburg.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydrog. v. 12. Juni 1901. Wie am Vortag zieht sich heute über Mitteleuropa hinweg eine breite Zone hohen Luftdrucks, in welcher das Wetter vorwiegend heiter, jedoch etwas kühl als gestern ist. Vor der mittelnordwestlichen Küste lagert eine ziemlich tiefe Depression, welche in ganz Nordwesteuropa trübes, kühles und regnerisches Wetter verursacht. Das rasche Fallen des Ortsbarometers läßt darauf schließen, daß die Depression ihren Wirkungskreis südwärts ausbreitet, es ist deshalb kühlere Wetter mit Regenfällen zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. mm	Therm. in C.	Windgeschw. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Witterung
11. Nachts 9 ⁰⁰ U.	753.1	15.6	7.3	55	NW	heiter
12. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	751.9	14.4	8.2	67	SE	„
12. Mittags 2 ⁰⁰ U.	748.0	20.5	7.4	42	SW	„

Höchste Temperatur am 11. Juni: 23.1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 11.8.

Niederschlagsmenge des 11. Juni: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 12. Juni: 4.67 m, gestiegen 11 cm.

Verantwortlicher Redakteur:

(in Vertretung von Julius Kay) Adolf Kersting in Karlsruhe.

Die 34. Prämienziehung des 4prozentigen Badischen Eisenbahn-Prämien-Anlehens von 1867 betreffend.

Bei der heute bewirkten 34. Prämienziehung des 4prozentigen Badischen Eisenbahn-Prämien-Anlehens von 1867, woran die am 2. April l. J. gezogenen 50 Serien:

11, 57, 67, 152, 158, 193, 215, 382, 436, 513, 516, 531, 562, 608, 617, 648, 690, 726, 751, 772, 825, 984, 1078, 1141, 1170, 1187, 1277, 1284, 1374, 1378, 1391, 1422, 1435, 1558, 1568, 1587, 1709, 1721, 1737, 1749, 1785, 1846, 1847, 1939, 2092, 2101, 2141, 2192, 2315, 2321,

Teil genommen haben, sind nachstehende Schuldverschreibungen mit den beigefügten, durch den Tilgungsplan bestimmten Kapital- und Prämien-Beträgen gezogen worden:

Schuldversch. Nr.	mit	Betrag
30848	mit 300000 M.	96906
68870	18000 "	68870
109582	4800 "	109582
37539	mit je 2400 M.	68824
78361	10703	78361
82393	32399	82393
82399	mit je 1200 M.	68687
86841	115733	86841
115733	115741	115733

Schuldversch. Nr. 2835, 3310, 3336, 3340, 7857, 7858, 7860, 7874, 7880, 7881, 7897, 9637, 9645, 10738, 19065, 19085, 19087, 21786, 25632, 25645, 25778, 25790, 26503, 26505, 26511, 26513, 26541, 30363, 30814, 30826, 30832, 34489, 34493, 36253, 36283, 37504, 38555, 38557, 38558, 38570, 38576, 41208, 41227, 41245, 53859, 53870, 53877, 57007, 57026, 58465, 59314, 59328, 59329, 63804, 63816, 63837, 64175, 68656, 68658, 68681, 68857, 68858, 68864, 68899, 69501, 69536, 69543, 71051, 71062, 71066, 71080, 71722, 71741, 77875, 77877, 77891, 78375, 79349, 85424, 85430, 85438, 86031, 86043, 87445, 92251, 92259, 92316, 92323, 92329, 92331, 92334, 96915, 96916, 96922, 96945, 105047, 109559, 109595, 115731, 115738, 115750, 116028 mit je 600 M.

Alle übrigen zu den oben bezeichneten 50 Serien gehörigen Schuldverschreibungen werden lediglich mit dem Nennwerthe von je 300 M. eingelöst.

Die Zahlung vorgenannter Kapital- und Prämien-Beträge erfolgt vom 1. August laufenden Jahres an bei der unterzeichneten Kasse, sowie bei den hierzu verpflichteten Großherzoglichen Staatskassen, ferner bei den Bankhäusern M. A. von Rothschild und Söhne in Frankfurt a. M., Direktion der Discontogesellschaft in Berlin und W. H. Labenburg und Söhne in Mannheim gegen Rückgabe der betreffenden Schuldverschreibungen und der dazu gehörigen, noch nicht verfallenen Zinsscheine nebst Zinsscheinanweisungen.

Die Verzinsung der verlosenen Schuldverschreibungen hört mit dem 1. August laufenden Jahres auf.

Wer die Zahlung vor dem Heimzahlungstermin zu empfangen wünscht, kann solche bei den hierzu verpflichteten Großherzoglichen Staatskassen sofort mit den laufenden Zinsen bis zum Zahlungstage erhalten, so zwar, daß die den Nennwerth übersteigenden Prämien mit einem Abzug von 3/10 für's Jahr vom Einlösungstage bis zum Verfalltag gerechnet diskontiert werden.

Bei diesem Anlaß werden die Besitzer folgender Schuldverschreibungen, welche von den früheren Verlosungen noch ausstehen, aufgefordert, die bezüglichen Beträge zu erheben:

Nr. 601, 604, 9690, 10214, 10215, *10509, 12048, 12113, 12530, 15300, 16037, 18703, 18734, 18740, 18855, 18890, 19327, 19331, 19332, 19333, 20275, 20286, 25032, 25470, 28504, 30690, 31594, 33085, 33095, 33229, 33232, 35872, 35886, 35896, 36305, 37442, 40567, 40592, 40833, 43628, 43638, 43770, 43774, 48395, 49333, 49889, 51572, 52119, 52144, 52146, 52148, 52613, 52614, 52615, 52619, 52620, 52912, 56931, 56952, 56953, 56954, 56993, 62672, 62673, 62678, 62679, 62680, 62681, 62682, 62683, 62687, 62696, 71556, 71563, 71569, 71572, 71574, 71592, 71597, 73390, 77038, 77039, 79132, 82222, 82226, 82232, 82250, 84864, 84895, 84898, 86213, 86226, 86239, 88512, 88516, 89082, 89175, 89709, 89710, 89711, 89742, 91610, 91650, 93052, 93053, 93055, 93071, 93095, 93279, 93290, 93390, 93475, 93499, 93546, 94890, 95052, 95056, 95057, 95058, 95076, 95077, 95078, 95207, 95219, 98812, 98819, 98830, 101052, 101058, 101065, 101066, 101088, 101090, 102605, 102642, 102650, 107406, 109670, 109679, 109694, 109696, 110806, 110823, 113004, 113694, 114344, 118037, 118048, 118188, 118660.

Die mit * bezeichnete Schuldverschreibung Serie 211 Nr. 10509 ist dem Besitzer abhandeln gekommen.

Karlsruhe, den 1. Juni 1901.
Großh. Badische Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.
Völler. 241

Nur drei Tage!
Das erste Mal in Europa.
Stadtgarten-Theater.
Donnerstag 13., Freitag 14., Samstag 15. Juni,
je 8 Uhr Abends, Kassen-Eröffnung 7 1/2 Uhr Abends,

Phono-kinematographisches Theater.

Durch die Verbindung des Phonographen mit dem Kinematographen wird man zugleich hören und sehen:

Programm.

1. Brunin, Verschiedenes aus seinem Repertoire.	4. Footitt u. Chocolat vom Nouveau-Cirque.
2. Duell aus Hamlett. Gespielt Frau Sarah Bernhard. Zauber Herr Pierre Ragnier. Bogen, Demasnetie.	5. Cléo de Mérode in den alten Tänzen.
3. Les Précieuses ridicules von Molière. Musikante Herr Coquelin sen. Wablon . . . Herr Schuller. Gabel . . . Herr Rerwid.	6. Little Tich, komisches Intermezzo.
	7. Mily-Meyer, Gesänge in Krinoline.

Preise der Plätze: Loge M. 3.—, Sperrstüb M. 2.—, I. Rang M. 1.50, II. Rang M. 1.—, Stehplatz M. 1.—, Gallerie 50 Pf.

Freitag und Samstag Nachmittags 1/2 4 Uhr: Familienvorstellungen!
Kinder zahlen auf allen Plätzen die Hälfte. 106,1

Deutschland, Lebensversicherungs-Gesellschaft zu Berlin. Bilanz am 31. Dezember 1900.

A. Aktiva.		B. Passiva.	
1. Wechsel der Garantien (Anteilschein-Zins)	74 070	1. Garantie-Kapital (Sicherheitsfonds)	328 982
2. Grundbesitz	821 253	2. Kapital-Reserve-Fonds	—
3. Hypotheken	5 153 700	3. Spezial-Reserven	83 188
4. Darlehen auf Wertpapiere	—	4. Schaden-Reserve	8 493
5. Darlehen auf Pollen	464 539	5. Prämien-Überträge	2 512
6. Wertpapiere	—	6. Prämien-Reserve	6 831 422
7. Kautionsdarlehen an versicherte Beamte	11 420	7. Gewinn-Reserven der Versicherten	106 176
8. Wechsel	86 746	8. Guthaben anderer Versicherungs-Anstalten bezw. Dritter:	—
9. Guthaben bei Bankhäusern	76 560	a. Conto-Corrent-Creditoren	105 088
10. Guthaben bei anderen Versicherungs-Gesellschaften	905	b. Kautionen in Effekten	106 262
11. Rückständige Zinsen	—	9. Haar-Kautionen	867
12. Ausstände bei Agenten (darunter M. 213 998.— wegen der Restposten noch nicht eingelöste Dezember-Rechnungen)	423 580	10. Sonstige Passiva:	—
13. Gestundete Prämien	664 912	a. Hypothekenschulden	450 000
14. Bare Kasse	297 211	b. Beamten-Unterstützungs-Fonds	8 729
15. Inventar und Druckfachen:	—	11. Ueberhuß	183 616
a. Inventar und Bibliothek	12 500		
b. Druckfachen (abgeschrieben)	—		
16. Sonstige Aktiva:	—		
a. Diverse Debitoren	21 675		
b. Kautions-Effekten	106 262		
	8 215 339		8 215 339

Berlin, den 29. April 1901.
Der Aufsichtsrath.
H. J. Müller, Vorsitzender.
Der Direktor.
R. Mertins. 971

Stadtgarten
bei ungünstiger Witterung
Festhalle.
Donnerstag, 13. Juni 1901,
Abends 8 Uhr,
Einmaliges Konzert der
Ungarischen Magnaten-Kapelle
Vörös-Miska,
unter Leitung ihres
Dirigenten Vörös Miska.

Eintrittskarten: Abonnenten 30 Pf., Nichtabonnenten 50 Pf. pro Person, im Vorverkauf bei Hans Schmidt, Musikalienhandlung u. an der Abendkasse.

Hans Schmidt,
Musikalienhandlung, Konzert-Agentur,
Karlsruhe, Rondellplatz,
Telephon 487. 399

Bürgerliche Rechtsstreite.
Zwangsvollstreckung.
9.4. Nr. 3241. Schöpfheim.
Liegenschafts-Versteigerung.
Infolge richterlicher Verfügung werden am
Samstag, den 18. Juli 1901,
Nachmittags 2 1/2 Uhr,
im Rathhause zu Hausen die nachbeschriebenen Liegenschaften des Fabrikarbeiters Theodor Schleich in Hausen öffentlich zu Eigentum versteigert. Der endgültige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzwert erreicht wird. Die übrigen Versteigerungsbedingnisse können beim Unterzeichneten eingesehen werden.

1. Lagerbuch Nr. 865. 11 a 60 qm Ackerland, Gemann Friesweggäcker, cf. Nr. 864, cf. Nr. 866.
2. Lagerbuch Nr. 866. 3 a 67 qm Hofraithe und 11 a 45 qm Ackerland, Gemann Friesweggäcker. Auf der Hofraithe steht eine Ziegelhütte mit Brennofen und ein Anhang hofp; cf. Nr. 864, 865, cf. Nr. 871.
3. Lagerbuch Nr. 867. 2 a 07 qm Hofraithe 7 a 20 qm Hausgarten, Gemann Friesweggäcker. Auf der Hofraithe steht ein einstöckiges Wohnhaus mit Eisenbalkenteller und ein Stall mit Futtergang; cf. Nr. 871, cf. Nr. 868; im Gesamtanhang von 6000 M. Schöpfheim, den 8. Juni 1901.
Großh. Notariat II.
H. Bastian.

335.2 Nr. 2547. Heberlingen.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Bahnbau Heberlingen—Landesgrenze.
Die Lieferung und Aufstellung eigener Umwandlungen von Verläderampen auf den Stationen der Strecke Heberlingen—Landesgrenze mit einem Gesamtgewicht von rund 49 000 kg wird im Wege des öffentlichen Anbotensverfahrens vergeben. Bedingnisse, Pläne und Gewichtszettel liegen auf unserem Geschäftszimmer, Geradebergstraße Nr. 367 zur Einsichtnahme auf und werden auch gegen Erstattung der Selbstkosten im Betrage von 1 M. 50 Pf. abgegeben. Angebote auf die Lieferung versehen mit der Aufschrift „Eiserne Umwandlungen von Verläderampen“ sind portofrei und verschlossen längstens bis zu der auf
Samstag, den 22. Juni, Vormittags 11 Uhr,
festgesetzten Eröffnungsverhandlung einzureichen.
Der Zuschlag beträgt 14 Tage. Heberlingen a. B. den 8. Juni 1901.
Großh. Eisenbahninspektion.
2.95. Karlsruhe.

An der Heil- und Pflegenstiftung bei Emmentingen ist die Stelle des
Apothekers
in Erledigung gekommen und soll sofort wieder beletzt werden. Anfangsgehalt 1200 M. nebst freier Station I. Klasse. Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche, denen pharmazeutische Approbationschein und die sonstigen Zeugnisse über ihre feitherrige Thätigkeit beizufügen sind, bis 20. d. Mts. an die Anstaltsdirektion einzuwenden.

II. Baden-Badener Hamilton Geldlotterie
Loose à 1 Mk. Porto und Liste 11 „ à 10 „ je 25 Pf. extra
Ziehung sicher 19.—20. Juli 1901.
2288 Geldgewinne
zahlbar ohne Abzug im Betrage
v. Mk. 42000

1 Gew. = Mk. 20 000
1 Gew. à 5000 = Mk. 5 000
2 Gew. à 1000 = „ 2 000
4 Gew. à 500 = „ 2 000
20 Gew. à 100 = „ 2 000
100 Gew. à 20 = „ 2 000
200 Gew. à 10 = „ 2 000
560 Gew. à 5 = „ 2 800
1400 Gew. à 3 = „ 4 200

empfiehlt J. Stürmer,
Generaldebit Strassburg i. E.
Wiederverkäufer gesucht

Vermischte Bekanntmachungen.
L.101. Nr. 17444. Durlach.
Bekanntmachung.
Der Kaminfegerdienst des II. Distrikts mit den Gemeinden Auerbach, Bergshausen, Jöhlingen, Kleinfleinbach, Königsbach, Langensteinbach, Sengen, Söllingen, Spielberg, Stupferich, Untermühlbach, Wisserdingen und Wöschbach ist erledigt und wird hiermit zur Venerbung ausgeschrieben.
Bewerbungen um diese Stelle sind binnen 14 Tagen mit den in § 63 Verordnung vom 23. Dezember 1888 (Ges. u. V.D. Blatt Seite 388) verlangten Angaben und Belegen bei unterzeichneter Stelle schriftlich einzureichen.
Durlach, den 9. Juni 1901.
Großh. Bezirksamt.

2.14. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Mit dem 10. März l. J. ist im Binnenverkehr der Schweizerischen Nordostbahn und im Verkehr dieser mit der Böhmerbahn für die Beförderung von Holz zur Fabrikation von Holzstoff und Holzzellstoff (Papierholz) in Wagenlabungen von 10 000 kg oder bei Frachtabrechnung für diese Gewichtsmenge ein Ausnahmestarif ausgegeben worden. Die Sendungen, auf die der Tarif angewendet werden soll, müssen an eine Holzstofffabrik oder Zellulosefabrik adressiert sein.
Die für die Nordostbahn und Böhmerbahn eingetretene Frachtermäßigungen werden für die Strecken dieser Bahnen im Rückvergütungswege auch gewährt auf Sendungen ab der Station Waldshut im Transit über die Nordostbahn und Böhmerbahn nach Stationen der übrigen schweizerischen Bahnen.
Nähere Auskunft erteilt das Gütertarifbureau.
Karlsruhe, den 9. Juni 1901.
Großh. Generaldirektion.

Freiburg. 967
In das Vereinsregister Bd. I. D. 3. 35 wurde eingetragen:
Verein Frankenhäus zu Freiburg i. B.
Die Satzung ist am 15. April 1901 errichtet.
Vorstand:
Dr. Rudolf Kasper, Arzt in Frankfurt a. M., Vorsitzender.
Dr. Carl Schenkner, Fabrikdirektor in Frankfurt a. M.
Dr. Georg Weidt, Arzt in Frankfurt a. M.
Freiburg, den 3. Juni 1901.
Großh. Amtsgericht.

Karlsruhe. 91
In das Vereinsregister ist zu Bd. I. D. 3. 26 Seite 171/2 eingetragen:
Nr. 1 Name und Sitz: K u n s t l e r b u n d K a r l s r u h e in Karlsruhe.
Die Satzung ist am 15. April 1901 errichtet. Vorstand: Franz Hein, Maler in Grödingen. (Erster Vorsitzender).
Karlsruhe, den 5. Juni 1901.
Großh. Amtsgericht III.

L.70.1. Nr. 5018. Rastatt.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Die Gründungs-, Steinbauer- und Maurerarbeiten für den Umbau der **Dostalbrücke** in Bahnhof Dostal, 67 1/2 qm Pfahl- und Schwelltrost, 180 ehm Mauerwerk und Liefern von 13 5 ehm Granitquader, 32 ehm Sandsteinquader, sind im Wege öffentlichen Wettbewerbs zu vergeben.
Zeichnungen und Bedingnisse, welche nach auswärts nicht verschickt werden, liegen in meinem Geschäftszimmer in Rastatt, Bismarckstraße 4, zur Einsicht auf, wofür auch Angebotsformulare erhoben werden können. Angebote sind verschlossen, kostenfrei und mit der Aufschrift „Umbau der Dostalbrücke“ bis zum Verhandlungstermin
Donnerstag, den 20. Juni 1901, Vormittags 10 Uhr,
bei mir einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Rastatt, den 7. Juni 1901.
Der Großh. Bahnbauminsteher.

3113. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen
Mit Gültigkeit vom 1. Juni l. J. ist die Station Karlsruhe Hafen in den rheinisch-westfälisch-südwestdeutschen Güterverkehr einbezogen worden.
Karlsruhe, den 11. Juni 1901.
Großh. Generaldirektion.